## Leseprobe aus unserem Mitteilungsblatt, Hl. Band, (Ausgabe Dezember 2013)

## **Neues aus Kiew**

**Vorbemerkung**: Die dramatischen Ereignisse um das Assoziierungsabkommen zwischen EU und Ukraine hielten uns in den letzten Wochen in Atem. Wie haben die Menschen in der Ukraine diese Zeit erlebt? Der neueste Brief aus Kiew vermittelt einen Eindruck davon. Der niederländische Theologe Klaus v.d.G. und die ukrainische Religionswissenschaftlerin Natasja K. sind den Leser/inne/n des Heiligen Bandes des längeren aus vielen ihrer halbjährlichen Berichten zur Lage in der Ukraine bekannt.

Kiew, im Dezember 2013

## "An unsere deutschsprachigen Freunde und Verwandte

"Neues aus Kiew" gibt es diesmal in jeder Menge. Ich will nicht behaupten, dass sich hier unterm Strich viel ändern wird: *Corrupted business as ever...* Aber es ist immerhin ein spannendes Geschehen, das uns, Europäern, den Atem anhalten lässt. Hat man uns tatsächich einen *U-turn* vorgeführt? Oder war es wieder einmal ein Erweis der Unentschiedenheit, welche die aufeinander folgenden ukrainischen Regierungen schon 23 Jahre lang gekennzeichnet hat?

## Nach Westen? – Nach Osten? Wohin will die Ukraine? Unterschiedliche Argumentationsstränge

Ein Schritt näher an die Europäische Union heran – welche Motive könnten dahinter stehen? Von Westen her betrachtet ist es deutlich. Gegenüber dem wachsenden russischen Machtblock – die Eurasiatische Zoll-Union als Reinkarnation der USSR – wäre es wünschenswert, eine Reihe pro-westlicher Pufferstaaten zu haben: Georgien, Armenien, Moldavien, die Ukraine und vielleicht sogar Weißrussland. Und das darf auch ruhig etwas kosten! In der Perspektive der betreffenden Ex-Sowjetstaaten handelt es sich vor allem um die finanziellen Vorteile, die ihnen eine Beziehung zur EU einbringen könnte. Aber Investitionen in Ost-Europa sind uninteressant, wenn dort Korruption, Gewalt, Vergeltungsdrang und ethnische Konflikte an der Tagesordnung bleiben. Somit erhebt die EU seit 2009 für ein *Eastern Partnership Programm* ihre Ansprüche: keine selektive Gerichtsbarkeit mehr, bessere Wahlgesetze, internationale Verabredungen einhalten!

Die ehemalige Ministerpräsidentin des Landes, Julia Timoschenko, wurde für die Verhandlungen eine Art Symbolfigur. Nicht, als hätte sie sich während ihrer Amtsperiode für "westliche Werte" eingesetzt – weit davon entfernt! Aber ihre Verurteilung wurde schon gedeutet als ein auffälliger Kasus politisch motivierter Gerichtsbarkeit. Der Vergleich mit der schönen Helena drängt sich auf, um deretwillen die alliierten Griechen zehn Jahre lang Troja belagerten. Präsident Janukowitsch verhielt sich bei Zeiten wohlwollend. Am 18. Oktober beteuerte er, er würde jedes Gesetz unterschreiben, das Timoschenko im Ausland medizinische Behandlung für ihre Hernie ermöglichen könnte. Und schon einige Wochen vorher hatte er in Gegenwart westlicher Diplomaten erklärt, die Ukraine habe jahrelang die Entwicklung der europäischen Integration verfolgt und sei nun fertig für einen Assoziationsvertrag: "Die Sprache guter Beziehungen betreffs Handel und Wirtschaft, die Sprache guter sozialer und kultureller Beziehungen zwischen den Völkern ist die beste Sprache, die ich immer fördern werde."

Es stellte sich aber wieder einmal heraus, dass Versprechen und Halten zweierlei ist. Das Parlament brachte in kurzer Zeit ein halbes Dutzend pro-westlicher Gesetzenwürfe ein, aber keiner von diesen fand Gnade in den Augen der regierenden Regionenpartei, so dass Janukowitsch nichts zu unterschreiben brauchte. Die Opposition sprach von der Phobie des Präsidenten vor seiner Erzrivalin Timoschenko, die sich, wenn sie jemals wieder an die Macht käme, zweifelsohne an ihm rächen würde. Moskau fing an, drohende Sprache zu verwenden für den Fall, dass die Ukraine sich für den Westen entscheiden würde"....

Bitte lesen Sie weiter im HI Band, Ausgabe Dezember 2013